GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Frauen, denkt ökonomisch!

Fraser, Nancy

2006

https://doi.org/10.25595/926

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fraser, Nancy: *Frauen, denkt ökonomisch!*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 29 (2006) Nr: 68, 13-18. DOI: https://doi.org/10.25595/926.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Frauen, denkt ökonomisch!?

68

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Frauen, denkt ökonomisch!?

68

1. Auflage 2006
Eigenverlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Köln
Satz: A. Hollender, Druck: DruckBetrieb Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

29. Jahrgang (2006) Heft 68
Verantwortliche Redakteurinnen: Brunhilde Sauer-Burghard, Susanne Spindler

Redaktion: Melanie Ebenfeld, Schahrzad Farrokhzad, Claudia Nikodem, Nicole Pirpamer, Erika Schulze, Eva-Maria Soja

Redaktionelle Mitarbeit: Melanie Behrens

Lektorat: Heidrun Uta Ehrhardt

Mitarbeiterinnen dieses Heftes:
Rotraud Beeck, Schahrzad Farrokhzad, Ute Luise Fischer, Nancy Fraser, Frigga Haug, Birge Krondorfer, Gundula Ludwig, Hanne Martinek, Monika Mayrhofer, Birgit Sauer, Erika Schulze, Christina Thürmer-Rohr, Eva Voß, Ingrid Zechmeister

Die „beiträge" erscheinen ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 52 15,– €, Doppelheft 21,– €, Heft 9/10-52 s. Lieferbare Titel, Abonnement (jeweils 3 Nummern) 43,- €, Förderabonnement ab 62,- €, Mitfrauenabonnement 41,– € (jeweils inclusive Porto- und Verpackungskosten). Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zuzügl. Versandkosten zu beziehen. Abonnements ausschließlich beim Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

ISSN 0722-0189

Verlags- und Redaktionsadresse: Niederichstr. 6, 50668 Köln, Tel.: 0221/13 84 90; FAX: 0221/139 01 94; http://www.beitraege-redaktion.de; E-Mail: beitraege-redaktion@t-online.de
Konto: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 56530-500 Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.
Auslieferung für der Buchhandel (BRD, Österreich, Niederlande): SOVA, Friesstr. 20-24,60388 Frankfurt, Tel.: 069/41 02 11; FAX: 069/41 02 80
Schweiz: ars.lit. Verlagsauslieferung, Oberwilerstr. 64, CH-4054 Basel, Tel./FAX: 0041/61/281 11 23

Inhalt

Editorial 5

Frauen, denkt ökonomisch!?

Nancy Fraser
Frauen, denkt ökonomisch! 13

Christina Thürmer-Rohr
„Frauen, denkt ökonomisch"? 19

Frigga Haug
Geschlechterverhältnisse begreifen
Internationale Diskussion 25

Birgit Sauer
Governance als feministischer Handlungsraum?
Eine staatstheoretische Perspektive 39

Gundula Ludwig
Zwischen „Unternehmerin ihrer selbst" und
fürsorgender Weiblichkeit
Regierungstechniken und weibliche
Subjektkonstruktionen im Neoliberalismus 49

Monika Mayrhofer
„Die Diebin von Saint Lubin"
Politisches Handeln im Spannungsfeld von Ökonomie
und Geschlechterverhältnissen 61

Ute Luise Fischer
Entkopplung von Arbeit und Einkommen –
emanzipierende Konsequenzen eines
bedingungslosen Grundeinkommens 71

Hanne Martinek
Neoliberale Bündnisse
Der Einzug wirtschaftlicher Interessen
in die aktuelle Vereinbarkeitspolitik 83

Eva Voß
Ergebnis und Motor der internationalen
Frauenbewegung: Der United Nations Development
Fund for Women (UNIFEM) 97

Birge Krondorfer
Anstößig Manifest 111

Ingrid Zechmeister
„Frauen, denkt ökonomisch"!?
Ambivalenzen ökonomischer Rationalitäten
am Beispiel der Gesundheitsökonomie 115

Rezensionen

Christina Schachtner
Architektinnen der Zukunft
Lokale Frauenprojekte im Kontext der Globalisierung
(Schahrzad Farrokhzad) 129

Christine Riegel
Im Kampf um Zugehörigkeit und Anerkennung
Orientierungen und Handlungsformen von jungen Frauen
Eine sozio-biographische Untersuchung
(Erika Schulze) 131

Rätsel

Ökonomierätin 134

Autorinnen 139

Vorankündigung Heft 69
Frauen(Körper) und Sport (Arbeitstitel) 141

Nancy Fraser

Frauen, denkt ökonomisch!*

Feministinnen auf der ganzen Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten an den USA orientiert, in der Theorie ebenso wie in der Praxis. Heute aber befindet sich der US-Feminismus in einer Sackgasse, die zentralen Fragen des Geschlechterkampfes haben sich nach Europa verlagert.
Die Geschichte des Feminismus wird meist als eine des Fortschritts entworfen: Eine separatistische Bewegung in den Siebzigerjahren – dominiert von weißen, heterosexuellen Mittelschichtfrauen – entwickelte sich hin zu einem eher integrativen Konzept in den Neunzigern, das die Belange von Lesben, von farbigen oder armen Frauen und Angehörigen der ArbeiterInnenschicht einschließt. Diese Geschichtsschreibung versäumt es aber, die Entwicklungen innerhalb des Feminismus zu der breiteren historischen Entwicklung in Beziehung zu setzen.
Eine solche alternative Geschichte des Feminismus der Nachkriegszeit kann man in drei Phasen unterteilen, wobei sich diese nicht immer scharf voneinander abgrenzen lassen. Die erste Phase stand in einem engen Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen, in der zweiten Phase konzentrierte sich der Feminismus auf das Thema der Identitätspolitik, während er sich in der dritten schließlich auf eine transnationale Politik ausweitete und dort insbesondere in den Räumen, die man mit „Europa" assoziiert.
Nach dem Zweiten Weltkrieg genossen die avancierten kapitalistischen Staaten Westeuropas und Nordamerikas eine beispiellose Konjunkturwelle. Mit einer keynesianischen Wirtschaftspolitik gelang es, die nationale wirtschaftliche Entwicklung zu steuern und nahezu Vollbeschäftigung für Männer zu sichern. Die einst widerständigen Gewerkschaften wurden an dem Prozess beteiligt, der Wohlfahrtsstaat wurde ausgebaut und eine klassenübergreifende Solidarität gesetzlich verankert. Das Resultat war ein nordatlantischer Gürtel von Massenkonsumgesellschaften, denen es offenbar gelungen war, soziale Konflikte im Zaum zu halten.

In den Sechzigerjahren jedoch war es vorbei mit der Ruhe dieses scheinbar goldenen Zeitalters. Einer internationalen Explosion gleich begann eine radikale Jugend, die Straße zu erobern, zunächst um gegen die Rassentrennung und den Vietnamkrieg zu protestieren. Bald aber gerieten auch die Kernbegriffe der kapitalistischen Moderne unter Druck: sexuelle Unterdrückung, Sexismus, Heteronormativität; Materialismus, Firmenkultur und Arbeitsethik, Konsum, Bürokratie und soziale Kontrolle. Männer und Frauen durchbrachen die politische Routine der vorangegangenen Ära, neue soziale AkteurInnen formten neue soziale Bewegungen. Gemeinsam mit GenossInnen aus anderen Bewegungen entwickelten die Feministinnen eine neue politische Kultur. Sie problematisierten den Paternalismus des Wohlfahrtssystems und die bürgerliche Familie und entlarvten so den tiefen Androzentrismus der kapitalistischen Gesellschaft. Indem sie „das Private" politisierten, erweiterten sie die Grenzen der Kontroversen

* *Abdruck mit freundlicher Genehmigung der taz – die tageszeitung*

über die sozioökonomische Neuverteilung hinaus auf die Hausarbeit, Sexualität und die Reproduktion.
So radikal, wie er war, stand der Feminismus dieser ersten Phase in einem ambivalenten Verhältnis zur Sozialdemokratie: Einerseits wies der Feminismus die Staatsgläubigkeit der Sozialdemokratie zurück, setzte aber umgekehrt deren zentrale Züge als Basis für radikalere Entwürfe voraus. Sein Anliegen war, den Wohlfahrtsstaat in eine Kraft zu verwandeln, die die männliche Dominanz beseitigte.

Doch der politische Umbruch von 1989 unterlief dieses politische Projekt: Eine Dekade konservativer Herrschaft in großen Teilen Westeuropas und Nordamerikas, die vom Fall des Kommunismus im Osten gekrönt wurde, belebte die totgeglaubten Ideologien vom freien Markt. Auferstanden aus der historischen Mülltonne, lancierte der Neoliberalismus eine massive Attacke auf die Idee der egalitären Umverteilung. Gestärkt durch eine sich beschleunigende Globalisierung, zog der Neoliberalismus die Legitimität und Lebensfähigkeit einer keynesianischen Wirtschaftspolitik in Zweifel.
Feministinnen, die das Prinzip des Wohlfahrtsstaats von der Klasse auf das Geschlecht hatten ausdehnen wollen, wurde der Boden unter den Füßen weggezogen – sie mussten eine neue Sprache finden, ihre politischen Forderungen zu formulieren.

Hier betritt die „Politik der Anerkennung" (politics of recognition) die Bühne. Ausgehend davon, dass eine „Differenz anerkannt" werden müsse, ersetzte der Begriff der „Anerkennung" zunehmend den der Gleichheit. Darüber hinaus fing er den speziellen Charakter postsozialistischer Auseinandersetzungen ein, die oft als Identitätspolitik in Erscheinung traten. Egal ob es um Gewalt gegen Frauen ging oder Ungleichheiten in der politischen Repräsentation, bezogen sich Feministinnen auf die Grammatik der „Anerkennung".
Unfähig, zielstrebig gegen die Ungerechtigkeiten der politischen Ökonomie vorzugehen, schoss man sich auf Schäden ein, die androzentrische Strukturen in Kulturen und Hierarchien verursacht hatten. Das Ergebnis war eine grundlegende Verlagerung feministischer Fantasie und ihrer Ziele: Während vorherige Generationen ein erweitertes Modell sozialer Gleichheit verfolgten, ging es jetzt in erster Linie um kulturelle Veränderungen.

Die Resultate dieser Konzentration auf das Kulturelle waren gemischt: Einerseits richtete die Orientierung an der „Politik der Anerkennung" die Aufmerksamkeit auf Formen männlicher Dominanz, auf der die Statusordnung der kapitalistischen Gesellschaft gründet. Andererseits nahm dieser Kampf die feministische Imagination so gefangen, dass er das Problem der sozioökonomischen Ungleichheit weitgehend aus den Augen verlor. Das war sicherlich nicht beabsichtigt. Offenbar nahmen die BefürworterInnen eines „Cultural Turn" an, dass sich eine feministische Identitäts- und Differenzpolitik sozusagen automatisch mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verbinden würde. Aber dieser Glaube fiel dem Zeitgeist zum Opfer.
Das Timing hätte nicht schlechter sein können. Während der Neoliberalismus sein spektakuläres Comeback feierte, beschäftigte sich der Feminismus mit Debatten über „Differenz": Unterordnung wurde als kulturelles Problem ausgelegt und von der politischen Ökonomie getrennt betrachtet. Hypnotisiert von der Anerkennungspolitik, schwenkte die feministische Theorie genau in dem Augenblick in die kulturalistische Einbahnstraße ein, als die Umstände eine doppelte Aufmerksamkeit für die Verteilungspolitik erfordert hätten.
Es geht bei dieser Analyse nicht allein um den Feminismus. Eine Tendenz hin zu einer „Politik der Anerkennung" ist in nahezu jeder aktuellen sozialen Bewegung, nicht nur in der „Ersten Welt", zu beobachten. In Westeuropa wich die sozialdemokratische

Vision von gerechter Güterverteilung verschiedenen Versionen des so genannten „Dritten Weges": Während man sich die neoliberale Haltung zur „Flexibilisierung" des Arbeitsmarkts weitgehend aneignete, versuchte man gleichwohl, ein progressives politisches Profil zu behalten. Deshalb erließ man Antidiskriminierungsgesetze, die Statushierarchien überwinden sollten. Tatsächlich aber verschärften sich die ökonomischen Hierarchien zusehends.
Analoge Entwicklungen gab es auch in der ehemaligen „Zweiten Welt". Der Kommunismus hatte Fragen der Anerkennung als Subtexte „realer" ökonomischer Probleme behandelt und damit weitgehend negiert. Im Postkommunismus wurde dem ökonomischen Egalitarismus die Legitimität entzogen; das provozierte Auseinandersetzungen um die Anerkennung insbesondere unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen. Auch in der so genannten „Dritten Welt" zeitigte der politische Umbruch von 1989 tiefgehende Folgen: Mit dem Ende des bipolaren Wettbewerbs zwischen der Sowjetunion und dem Westen nahmen die Hilfszahlungen in die Peripherie drastisch ab. Gleichzeitig ermutigte die Demontage der Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank) unter Führung der USA eine neue neoliberale Politik der „strukturellen Anpassungen", die den postkolonialen „Entwicklungsstaat" bedrohte. Der Handlungsspielraum für egalitäre Umverteilungsprojekte im Süden verengte sich stark. Die Reaktion war eine enorme Zunahme der Identitätspolitik in den Postkolonien.

So der Feminismus diese historischen Entwicklungen nicht beachtete und verstand, hatte er Schwierigkeiten, die nötigen Ressourcen zu entwickeln. Insbesondere in den USA wurden Feministinnen von der unheiligen Allianz zwischen Freihändlern und fundamentalistischen Christen völlig überrascht. Die entscheidenden Themen der Präsidentschaftswahl 2004 waren der „Krieg gegen den Terrorismus" und die so genannten Familienwerte, insbesondere ging es gegen Abtreibung und Homoehen. Nicht zuletzt eine strategische Gendermanipulation verhalf Bush zum Wahlsieg. Im „Krieg gegen den Terrorismus" zum Beispiel präsentierten die Republikaner George W. Bush als entschiedenen „Commander in Chief", während sein Gegenspieler John Kerry als „Girlie Man" (um Arnold Schwarzeneggers denkwürdige Formulierung zu benutzen) inszeniert wurde.
Diese Rhetorik erwies sich als außerordentlich wirkungsvoll – bei Frauen und Männern. Und sie neutralisierte den schwachen Punkt der Bush-Kampagne, auf den alle sich verständigen konnten: seine regressive Umverteilungspolitik, die viele AmerikanerInnen finanziell in Not brachte. Die Bush-Regierung schaffte beispielsweise die Erbschaftsteuer ab, senkte die Steuertarife auf Dividenden und Kapitalerträge und verpflichtete so die ArbeiterInnenklasse, einen wesentlich größeren Anteil des nationalen Budgets zu finanzieren.
Gleichzeitig reduzierte man die Sozialhilfe und den KonsumentInnenschutz, man akzeptierte extrem niedrige Löhne und unsichere Arbeit für die ärmeren Schichten. Für sie ist es selten möglich, eine Familie von einem Gehalt zu ernähren, manchmal sogar kaum von zweien. Die Lohnarbeit von Frauen wird damit zu einer unverzichtbaren Säule der neoliberalen ökonomischen Ordnung. Ähnliches gilt für die Mehrfachbeschäftigung („moonlighting"): Immer mehr Menschen sind gezwungen, mehr als einen Job zu verrichten, um über die Runden zu kommen.
Das sind die Fakten, die das Familienleben in den USA bedrohen – und nicht etwa Abtreibungen oder Ehen zwischen Homosexuellen. Der Feminismus mag das vielleicht begriffen haben, aber er hat es nicht geschafft, die zu überzeugen, die unter dieser Politik leiden. Stattdessen fühlten sich viele von ihnen von den evangelikalen Kirchen angezogen. Und es war die Regierung Bush, die mit einer Anerkennungspolitik für diese religiöse Rechte ihre Umverteilungspolitik verbergen konnte, während der

Feminismus die politische Ökonomie völlig vernachlässigte. So profitierte die Rechte vom Cultural Turn des Feminismus und anderer sozialer Bewegungen.
Warum ließen sich die US-BürgerInnen von diesem offensichtlichen Taschenspielertrick täuschen? Auf den ersten Blick scheint die Situation der evangelikal-christlichen Frauen widersprüchlich. Einerseits schließen sie sich einer Ideologie traditioneller Häuslichkeit an, andererseits leben diese Frauen kein patriarchales Leben, die meisten von ihnen sind auf dem Arbeitsmarkt aktiv und auch im Familienleben gut gestellt. Offenbar antwortet der Evangelikalismus auf eine neue Art von „Unsicherheitsgesellschaft", die eine sozialdemokratische „Wohlfahrtsgesellschaft" abgelöst hat.
Diese neue Gesellschaft institutionalisiert eine zunehmende Unsicherheit in den Lebensbedingungen der meisten Menschen. Sie baut Sozialleistungen ab, während sie gleichzeitig prekäre Formen der Lohnarbeit wie Subunternehmertum und Zeitarbeit generiert, die nicht einmal von den Gewerkschaften kontrolliert werden.

Nicht dass der Evangelikalismus den Menschen Sicherheit gäbe. Er vermittelt ihnen vielmehr einen Diskurs und eine Reihe Praktiken, anhand deren sie ihre Unsicherheit managen können. Man sagt ihnen: „Du bist ein Sünder, du wirst versagen, du könntest deinen Job verlieren, du trinkst vermutlich zu viel, dein Mann könnte dich verlassen, deine Kinder nehmen Drogen. Aber das ist okay. Gott liebt dich noch immer, und die Kirche akzeptiert dich."
Ständig die Möglichkeit von Schwierigkeiten andeutend, nährt der Evangelikalismus Gefühle der Unsicherheit, während er gleichzeitig scheinbar eine Anleitung bietet, damit fertigzuwerden. Vielleicht muss man auf Michel Foucault zurückgreifen, um zu verstehen, was hier vorgeht: Evangelikalismus ist eine Technik der Selbstsorge, die dem Neoliberalismus besonders entspricht, weil er ständig Unsicherheit produziert. Dieses Angebot nehmen viele Frauen aus den ArbeiterInnenschichten gerne an, denn es verleiht ihrem Leben einen Sinn.
Diese neoliberalen Techniken der Selbstsorge zu analysieren und zu bekämpfen ist eine der dringenden Aufgaben, die sich einem zeitgemäßen Feminismus stellen. Es gilt, die Beziehungen zwischen Verteilungs- und Anerkennungspolitik neu zu betrachten und in die feministische Politik einfließen zu lassen. Denn wir alle – nicht nur die US-BürgerInnen – leben in einer Zeit abnehmender Sicherheit. Für weniger integrierte Schichten, wie etwa ImmigrantInnen, verschlimmert sich der Druck, wenn sich zur schlechten oder fehlenden Umverteilung noch die fehlende Anerkennung gesellt. Und wenn dies auch das religiöse Bekenntnis betrifft, kann man leicht den säkularen Feminismus dafür zur Verantwortung ziehen.
Wenn wir heute eine dritte Phase des Feminismus beginnen, müssen wir diese Dimensionen der Politik unbedingt wieder integrieren. Eine solche Politik muss aber ein weiteres Element berücksichtigen: Der Neoliberalismus macht nicht vor Landesgrenzen Halt, sondern hat sich längst zu einer transnationalen Kraft entwickelt. Glücklicherweise passiert genau dies bereits in einer feministischen Politik, die sich in transnationalen Räumen bewegt. Sie versteht, dass Frauen durch transnationale Kräfte extrem gefährdet sind und dass sie die Ungleichheit der Geschlechter nicht im scheinbar gegebenen Rahmen moderner Territorialstaaten anfechten kann.

Angesichts der Erderwärmung, der Ausbreitung von Aids, des internationalen Terrorismus und des Unilateralismus der Supermächte glauben Feministinnen heute, dass die Chancen von Frauen, ein gutes Leben zu leben, von Prozessen innerhalb ebenso wie außerhalb territorialer Grenzen abhängen. Allerdings stellt der territorialstaatliche Rahmen, in dem traditionellerweise politische Forderungen gestellt werden können, ein Hindernis im politischen Kampf dar, denn er schirmt transnational agierende Konzerne und andere Mächte von Kritik und Kontrolle ab. Ebenfalls geschützt sind

die Herrschaftsstrukturen der globalen Wirtschaft, die ausbeuterischen Handelsbedingungen. Die Architektur des zwischenstaatlichen Systems schützt die Abschottung des politischen Raums, den sie institutionalisiert, und schließt effektiv transnationale, demokratische Entscheidungsprozesse über Themen wie Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern aus.
Für einen effektiven transnationalen Feminismus, der die Forderungen nach einer gerechten Güterverteilung mit der Anerkennung verbindet, gilt es daher, zuerst den Aktionsrahmen zu erweitern. Auch das geschieht bereits: In Europa beispielsweise greifen Feministinnen die ökonomische Politik und die Strukturen der Europäischen Union an, während Feministinnen unter den WTO-GegnerInnen die Herrschaftsstrukturen der globalen Wirtschaft anfechten. Unter dem Slogan „Frauenrechte sind Menschenrechte" verbinden Feministinnen auf der ganzen Welt Kämpfe gegen lokale patriarchale Praktiken mit Kampagnen zur Reformation des internationalen Rechts.

In dieser dritten Phase des Feminismus geht es vor allem darum, Ungerechtigkeiten in der Güterverteilung und die „Politik der Anerkennung" zu verbinden und auf eine transnationale Ebene auszuweiten. Denn im territorialstaatlichen Rahmen können transnationale Ursachen für Ungerechtigkeit kaum bekämpft werden. Der transnationale Feminismus muss deshalb immer auch dieser „falschen Rahmensetzung" (misframing) entgegenwirken. Diese „falsche Rahmensetzung" geschieht dort, wo ein territorialstaatlicher Rahmen den transnationalen Ursachen für Ungerechtigkeiten aufgezwungen wird. Tatsächlich aber manipuliert man so den politischen Raum auf Kosten der Armen und Geächteten, denen das Recht entzogen wird, sich zu wehren. Indem die feministische Politik diese „falsche Rahmensetzung" infrage stellt, macht sie eine dritte Dimension der Geschlechtergerechtigkeit – und zwar die der Repräsentation – sichtbar. Unter Repräsentation versteht man in demokratischen Gesellschaften gewöhnlich jene Einrichtungen und Gesetze, die jedem Bürger und jeder Bürgerin eine gleichwertige politische Stimme garantieren.
Repräsentation betrifft aber auch die „metapolitische" Frage, wie und wo die Grenzen etablierter Politik gezogen werden. Eine metapolitische Repräsentation, die sich auf Fragen der Rahmensetzung konzentriert, braucht eine Kontroverse über Gerechtigkeit, die nicht in standardisierten Territorialbegriffen gefasst werden kann. Im Kampf gegen eine „falsche Rahmensetzung" gestaltet der Feminismus die Geschlechtergerechtigkeit neu als ein dreidimensionales Feld, in dem Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation gleichermaßen eine Rolle spielen.

Die sich um die Europäische Union entwickelnde politische Sphäre erweist sich als wichtiger Ort für diese transnationale Phase der feministischen Politik. Und dort geht es nun darum, drei Dinge gleichzeitig zu tun: Erstens müssen Feministinnen mit anderen progressiven Kräften zusammen daran arbeiten, transnational und geschlechterpolitisch wirksame Sozialnetze einzurichten. Zweitens müssen sie gemeinsam mit ihren Verbündeten umverteilende Maßnahmen mit einer egalitären, das Geschlecht berücksichtigenden Anerkennungspolitik verbinden, die der kulturellen Vielfalt in Europa Rechnung trägt. Und schließlich sollten sie sicherstellen, dass ein transnationales Europa nicht die Festung Europa wird.
Europa ist aber sicher nicht der einzige Ort, wo sich diese dritte Phase des Feminismus entfalten kann. Genauso wichtig sind die transnationalen Räume, die die Vereinten Nationen und das Weltsozialforum umgeben. Es ist sicher nicht einfach, eine solche transnationale feministische Politik zu entwickeln. Aber sie enthält ein riesiges Versprechen, nämlich die Politik der Anerkennung und die der Umverteilung wieder ins Gleichgewicht zu bringen und so die Hauptschwäche der zweiten Phase zu überwinden. Andererseits könnte sie den blinden Fleck beider vorheriger Phasen überwinden,

indem sie die Ungerechtigkeiten der „falschen Rahmensetzung" bekämpft. Und vor allem könnte eine solche Politik uns helfen, die zentrale Frage unserer Zeit zu stellen und vielleicht sogar zu beantworten: Wie können wir die Forderungen nach sozialer Umverteilung, nach Anerkennung und Repräsentation so verbinden, dass wir die ganze Bandbreite der Geschlechterungerechtigkeiten in einer globalisierten Welt anfechten können?

Übersetzung: Veronika Rall

Abbildung kann aus urheber*innenrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

18 Naumburg/Saale 2005, Foto: Rotraud Beeck

Autorinnen

ROTRAUD BEECK, Internetkolumnistin.

SCHAHRZAD FARROKHZAD, geb. 1971, Diplompädagogin; derzeit Projektmitarbeiterin, Universitätsdozentin und Referentin. Arbeitsschwerpunkte: Ethnizität und Geschlecht; Bildungs- und Berufschancen von Migrantinnen, Interkulturelle Jugendarbeit, qualitative Sozialforschung.

UTE LUISE FISCHER, Dr., geb. 1965, Soziologin, Arbeitsgebiete: Frauen(arbeits)forschung, Regional- und Transformationsforschung, arbeits- und geschlechtsbezogene Deutungsmuster, Sozialisationsforschung; Interessenschwerpunkte: Bewährungsdynamik/Sinnstiftung, Bedingungen von Freiheit und Autonomie.

NANCY FRASER, geb. 1947, US-amerikanische Politikwissenschaftlerin. Professorin für Political and Social Science an der New School for Social Research in New York. Zusammen mit Andrew Arato gibt sie die Zeitschrift *Constellations* heraus, eine internationale Fachzeitschrift für Kritische Theorie und Demokratietheorie.

FRIGGA HAUG, geb. 1937; Professorin im Ruhestand, Frauenvergesellschaftung und Politik, Arbeitsforschung, Lernen, qualitative Methoden; Erwachsenenbildung, Popularisierung von Wissenschaft, eingreifende Forschung, Erinnerungsarbeit besonders mit Frauen, Denken als Genuss

BIRGE KRONDORFER, geb. 1956 (Mag. Dr.) Universitätslehrbeauftragte, Erwachsenenbildnerin, Gruppentrainerin, Supervisorin, Mediatorin, Selbstevaluationsberatung. Als Mitgründerin tätig im Frauenbildungsprojekt Frauenhetz/Wien, Mitorganisatorin diverser feministischer Konferenzen. Vorträge und Publikationen zur Philosophie der Geschlechterdifferenz und zur feministischen Theorie- und Praxisbildung (in den Bereichen Politik, Bildung, Ökonomie, Psychoanalyse, Organisationstheorie, Ästhetik, Kulturkritik).

GUNDULA LUDWIG, geb. 1979, Lehrbeauftragte und Dissertantin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsgebiete: Politische Theorie, Kritische Gesellschaftstheorie, Politik der Geschlechterverhältnisse, Subjektkonstruktionen in neoliberalen Transformationsprozessen.

HANNE MARTINEK, geb. 1980, zurzeit Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, davor in: Siegen, Bonn, Leiden, Stockholm. Zurzeit als studentische Hilfskraft bei Frau Prof. Dr. Riedmüller. Studentische Mitarbeit beim Forschungsprojekt „Ehegattenunterhalt und sozialrechtliches Subsidiaritätsprinzip als Gleichstellungshindernisse" unter der Leitung von PD Dr. Berghahn. Interessenschwerpunkte: Geschlechterstudien und Wohlfahrtsstaatsforschung (besonders: das schwedische Wohlfahrtsmodell).

MONIKA MAYRHOFER, geb. 197, Studienassistentin und Lektorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung, Politische Theorie, Filmtheorie und EU-Forschung.

BIRGIT SAUER, geb. 1957, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Univ.-Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Studium Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen und FU Berlin. Promotion 1993 FU Berlin, Habilitation 2000 Universität Wien. Gastprofessorin Kon-Kuk-Universität in Seoul/Korea, an den Universitäten Klagenfurt, Mainz und an der Florida Atlantic University. Forschungsschwerpunkte: Politik der Geschlechterverhältnisse, Staats-, Demokratie und Institutionentheorien, Politik und Kultur sowie vergleichende Policy-Forschung. birgit.sauer@univie.ac.at, http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft, http://www.birgitsauer.org.

ERIKA SCHULZE, Dr., geb. 1963, aktuell wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Köln, seit zehn Jahren Mitarbeiterin der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt). Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Migrationsforschung, Stadtsoziologie. Zuvor vier Jahre in einem autonomen Frauenhaus. Erika.Schulze@uni-koeln.de.

CHRISTINA THÜRMER-ROHR, Prof. Dr., Dipl.psych., geb. 1936, Technische Universität Berlin, ehemals FB Erziehungswissenschaften/Sozialpädagogik, Studienschwerpunkt Feministische Forschung/Menschenrechte (abgewickelt). Emeritiert seit 2003. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Forschung, politische Theorie, Erinnerungskultur.

EVA VOSS, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Gender Studies in Freiburg und Brest (Frankreich). Arbeitsschwerpunkte: feministische Theorien, UNIFEM und Gender Mainstreaming, Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Seit Herbst 2005: Gründerin und erste Vorsitzende des Verlags „Fördergemeinschaft wissenschaftlicher Publikationen von Frauen e.V." (www.fwpf.de).

INGRID ZECHMEISTER, geb. 1972 in Oberösterreich, biomedizinische Analytikerin, mehrjährige Berufstätigkeit im Wiener Allgemeinen Krankenhaus/Frauenklinik, Abschluss Postgraduate Studium in Großbritannien „Health Studies and Management", Forschung im Bereich Gesundheitspolitik/Gesundheitsökonomie (Schwerpunkt: psychiatrische Versorgung) an der Wirtschaftsuniversität Wien, dort 2004 Abschluss Doktoratsstudium; seit 2005 Forschungstätigkeit im Bereich „Health Technology Assessment" an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften/Institut für Technikfolgenabschätzung. Interessensschwerpunkte: Versorgungsforschung/Versorgungsplanung im Gesundheitswesen, Gender and Health (Reproduktionstechnologien, Gender Medicine, etc.), Methoden der Gesundheitsökonomie, Feministische Ökonomie, ingrid.zechmeister@hta.lbg.ac.at